

# Wilsdruffer Tageblatt

Heute neuer Roman

Nationale Wochenzeitung für die Landwirtschaft



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Preis monatlich 2,- RM. Einzelnummern 10 Kops. Alle Postankaben, Postträger und Geschäftsstellen sind zu berücksichtigen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Anzeigenpreis: die 5spaltige Zeile 20 Kops., die 4spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 10 Reichspennig, die 3spaltige Zeile 10 Kops., die 2spaltige Zeile 5 Kops., die 1spaltige Zeile 2 Kops. Nachverlangungsbefreiung 20 Reichspennig. Druck und Nachdruck sind ohne Erlaubnis des Verlegers nicht gestattet. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Anzeigenpreis: die 5spaltige Zeile 20 Kops., die 4spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 10 Reichspennig, die 3spaltige Zeile 10 Kops., die 2spaltige Zeile 5 Kops., die 1spaltige Zeile 2 Kops. Nachverlangungsbefreiung 20 Reichspennig. Druck und Nachdruck sind ohne Erlaubnis des Verlegers nicht gestattet.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 262 — 91. Jahrgang      Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postbez.: Dresden 2141      Dienstag, den 8. November 1932

## Das Wahlergebnis.

Wenn der hinter uns liegende Wahlkampf aus mannigfachen Gründen äußerlich gegenüber seinen zahlreichen Vorgängern auch als abgeschwächt erscheint, so verbirgt sich hinter dieser Abschwächung doch außerordentlich scharfe Gegensätze zwischen den fünf großen Parteien. Das gilt nicht nur für die bekannten Vorläufer, die sich während der Wahlagitatio zwischen den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen abspielten, sondern Ähnliches trifft auch zu für die beiden ausgesprochenen Linksparteien, also zwischen den Sozialdemokraten und Kommunisten. Den Erfolg dabei hatte dort die kommunistische Partei, zu der ganz zweifellos ein Teil früherer sozialdemokratischer Wähler hinübergegangen ist.

Wenn nun unmittelbar nach der Wahl vor allem die Parteiführer den Rechenstift, mit dem sie das rein zahlenmäßige Ergebnis des 6. November feststellen wollen, enttäuscht oder erfreut aus der Hand legen und nun versuchen, aus diesen Zahlen politische Folgerungen und Feststellungen zum mindesten für die nähere Zukunft herauszuholen, so mag dabei auch die parteimäßige Erregung aus der zurückliegenden Zeit der Wahlkämpfe noch sehr stark mitwirken. Über das rein parteimäßige hinaus ergibt nun aber eine solche objektive Feststellung, daß zunächst jene mehr oder weniger radikale Linke insgesamt doch Verstärkungen aus den Wählermassen an sich gezogen haben, und da dort die radikalere Tonart den Sieg davontrug, so kann man wohl damit rechnen, daß auch die Sozialdemokratie hieraus und aus den eigenen Verlusten entsprechende Folgerungen zieht für die Art ihrer politischen Einstellung zum jetzigen Kabinett Papen und zu jener Gefolgschaft, die dieses möglicherweise im Reichstag zusammenbringt oder zusammenzubringen beabsichtigt sein könnte. Von dieser Seite aus gesehen dürfte also das Wahlergebnis für die Linke eine weitere Radikalisierung ihrer politischen Haltung herbeiführen.

Von den zwei Millionen Verlusten, die die Nationalsozialisten zu verzeichnen haben, kommen recht beträchtliche Teile sich die Deutschnationalen, etwas auch die Deutsche Volkspartei heranziehen. Ein anderer Teil mag zu Hause geblieben sein. Bievweit die vielfach jetzt verbreitete Behauptung richtig ist, daß von den Nationalsozialisten in größerem oder kleinerem Umfang Wähler auch zu den Kommunisten hinübergewechselt sind, läßt sich mit dem Rechenstift doch wohl kaum feststellen, weil es sich bei den Wählern nicht um Zahlen, sondern um Menschen handelt.

Ganz offen bleibt nun die Frage, ob sich denn diesmal aus der Wahl ein Reichstag gebildet hat, dem man auf irgendeine Weise die „Arbeitsfähigkeit“ zutrauen kann. Der frühere Reichstag wurde aufgelöst, weil der Reichspräsident und die Reichsregierung der Ansicht waren, eine Zusammenarbeit zwischen ihnen und dem Reichstag des 31. Juli sei nicht denkbar aus Gründen, für die die Schuld beim Reichstag liege. Ob die Ansicht, die für eine solche Arbeitsfähigkeit durch die Verhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum vorbereitet wurden, nun auch tatsächlich zu einer Einigung auf konkretem Boden geführt hätten, — das ist eine Frage, die zu erwägen heute müßig geworden ist. Denn die Regierung Papen hat am 6. November hierzu den sozusagen „negativen“ Erfolg infolgedessen errungen, als nämlich die frühere Mehrheit jener beiden Parteien im Reichstag jetzt nicht mehr besteht. Wenn man nun aber nach einer positiven Möglichkeit Ausschau hält, nach einer solchen nämlich, die geeignet wäre, den Reichstag in der politisch-parlamentarischen Praxis arbeitsfähig zu machen, dann wäre — so absurd zu sagen das im heutigen Augenblick, ganz kurz nach der Wahl, noch klug — theoretisch jedenfalls eine Koalition von den Nationalsozialisten bis hinüber zum Zentrum, oder unter „Tolerierung“ durch diese Partei, zum mindesten nicht ganz undenkbar. Bekanntlich setzen sich sehr einflussreiche Kreise für eine solche „Kombination“ ein, wobei das Zentrum anscheinend in der Hauptsache oder lediglich die Forderung erhebt, die Nationalsozialisten müßten auch nach außen hin sichtbar im Kabinett die staatspolitische Verantwortung mit übernehmen. Allerdings wenden sich die Anführer Hitlers, die er unmittelbar nach der Wahl herausgehen ließ, mit besonderer Schärfe gegen den Gedanken einer Zusammenarbeit mit der Rechten und der Mitte.

Aber vielleicht ist es überhaupt müßig, sich heute auch in solchen politischen Kombinationen ergeben zu wollen, weil die Bogen der Erregung noch zu hoch gehen und man daher noch nicht weiß, wann sie sich soweit beruhigt haben werden, um dem Staatsstift eine von dieser Seite her ungefährdete Fahrt zu ermöglichen. Da die großen deutschen Parteien jetzt stärker denn je das Weltanschaulich-Grundsätzliche betonen, so sind Arbeitsgemeinschaften oder Koalitionen in der und für die Praxis heute vor erheblicher größerer Schwierigkeiten für ihre Verwirklichung gestellt als früher. Daher darf man der Ansicht Raum geben, daß die Voraussetzungen für eine solche Arbeitsgemeinschaft und Arbeitsfähigkeit im neugewählten Reichstag noch geringer sein werden als im verflochtenen, daß er also vom Gesichtspunkt der „Arbeitsfähigkeit“ aus gesehen noch schwächer ist als sein Vorgänger. Daraus ergibt sich aber eine Stärkung für die Präsidialregierung, und ihr hat die Wahl des 6. November neue Trümmer in die Hand gegeben.

## Reichstags-Eröffnung am 6. Dezember

### Die erste Sitzung des Reichstages.

Nach den Bestimmungen der Reichsverfassung muß der neugewählte Reichstag binnen dreißig Tagen nach der Neuwahl zusammentreten. In politisch-parlamentarischen Kreisen rechnet man daher damit, daß die erste Reichstagsitzung am Dienstag, den 6. Dezember stattfinden wird. Diese Eröffnungssitzung wird nur die Konstituierung des Reichsparlaments bringen, und erst in der zweiten Sitzung dürfte das neue Präsidium gewählt werden. Der neugewählte Reichstag wird durch

General Eismann als Alterspräsident eröffnet werden, der als Spitzenkandidat auf der nationalsozialistischen Liste im Wahlkreis 5 Frankfurt a. d. O. gewählt ist. General Eismann ist 82 Jahre alt, er ist auch Mitglied des Preussischen Landtags und ebenfalls dessen Alterspräsident. Die Nationalsozialistische Partei hat absichtlich General Eismann auch als Reichstagskandidat aufgestellt, um zu verhindern, daß die neue Reichstagskammer etwa wieder durch die kommunistische Abgeordnete Frau Jellin eröffnet werden könnte, wie es bei dem am 31. Juli gewählten Reichstag der Fall war. Reichspräsident von Hindenburg hat sich am Montag durch Staatssekretär Dr. Reichner und durch den Chef der Reichspressestelle, Ministerialdirektor Marsch, über das Wahlergebnis Bericht erstatten lassen. Weiter hat auch Reichskanzler von Papen dem Reichspräsidenten Vortrag über die durch den Ausfall der Reichstagswahlen entstandene politische Lage gehalten.

### Unveränderter Regierungskurs.

An zuständigen Stellen, die der Reichsregierung nahe stehen, wird festgestellt, daß sich an der innenpolitischen Lage durch die Reichstagswahl nichts Wesentliches geändert habe. Die Reichsregierung habe keine Veranlassung, von ihrem bisherigen Kurs abzuweichen. Es werde nunmehr Sache der Parteien sein, ob der Reichstag in der Lage sei, positive Arbeit zu leisten. Die Reichsregierung sei bereit, ihre Grundlage zu verbreitern, und, wie der Kanzler auch in seiner Rundfunkrede zum Ausdruck gebracht habe, für jeden die Arme offenzustellen, der gewillt sei, mitzuarbeiten.

Praktisch dürfte sich der weitere Gang der Dinge so gestalten, daß der Reichskanzler die Parteiführer empfängt und an sie die Frage richtet, ob und unter welchen Umständen sie bereit sind, sein Kabinett zu unterstützen. Sollte die Antwort negativ ausfallen, würde der Kanzler voraussichtlich dem Reichspräsidenten vorschlagen, daß dieser die Parteiführer zu sich bittet und sie fragt, was sie unter diesen Umständen für Vorschläge zu machen haben. Wenn dabei ein wirklich brauchbarer und durchführbarer Vorschlag gemacht werde, so werde der Reichspräsident seine Durchführung ermöglichen.

Eine Umbildung des jetzigen Präsidialkabinetts wird offenbar nur dann in Erwägung gezogen werden, wenn dadurch wirklich eine erhebliche Verbreiterung der Regierungsbasis erreicht wird.

In Kreisen der Reichsregierung ist man im übrigen von dem Ergebnis der Reichstagswahl sichtlich befriedigt. Was

die Verschiebung der Kräfteverhältnisse im einzelnen angeht, so wird zunächst festgestellt, daß die nationalsozialistische Bewegung nicht nur zum Stillstand gekommen sei, sondern über die geringere Wahlbeteiligung hinaus Einbußen erlitten hat. Der wesentliche Teil der von der NSDAP erlittenen Verluste ist nach Ansicht maßgebender Kreise auf den bürgerlichen Parteien hängen geblieben. Das gesunde Bürgertum, so wird erklärt, sei wieder zurückgefallen. Diese Stimmen sowohl als auch die Stimmen der Nichtwähler glaubt man zugunsten der Regierung von Papen verbuchen zu können. Innerhalb der sogenannten marxistischen Front habe ein Austausch der Stimmen stattgefunden, so daß von einem Einbruch der Nationalsozialisten in diese Front nicht gesprochen werden könne. Die Gewinne der Kommunisten überstiegen etwas die Verluste der Sozialdemokraten. Die Verluste des Zentrums werden auf die Verhandlungen zurückgeführt, die diese Partei verschiedentlich mit den Nationalsozialisten gepflogen habe.

In welcher Weise sich der Wahlausgang auf die innenpolitische Lage auswirken wird, hängt nach Auffassung maßgebender politischer Kreise einmal davon ab, ob im neuen Reichstag eine arbeitsfähige Mehrheit zustande kommt, zum anderen davon, wie sich der neue Reichstag zur Frage der Verfassungsreform stellt. Dem neuen Reichstag wird bekanntlich alsbald

ein Verfassungsprogramm vorgelegt werden, nachdem vorher auch die breitere Öffentlichkeit Gelegenheit bekommen hat, sich mit diesem Programm zu beschäftigen, so daß nach Möglichkeit diesen oder jenen Wünschen noch Rechnung getragen werden kann.

Für das Schicksal des Reichstages dürfte die Haltung maßgebend sein, die gegenüber der Verfassungsvorlage eingenommen wird.

Natürlich wird in politischen Kreisen auch bereits die Möglichkeit erörtert, ob es nicht doch dem neuen Reichstag gelingt, eine

arbeitsfähige Mehrheit zustande zu bringen. Das könnte möglicherweise dadurch geschehen, daß etwa die Christlichsozialen zu einer Koalition von Nationalsozialisten und Zentrum bzw. Bayerische Volkspartei stoßen würde. Das Zustandekommen einer solchen Koalition vorausgesetzt, würde es aber auch eines Programms bedürfen, das nach allen Richtungen hin hieb- und stichfest ist.

Bei der Beurteilung des Wahlergebnisses wird in maßgebenden politischen Kreisen auch auf die als besonders charakteristisch bezeichnete Tatsache hingewiesen, daß

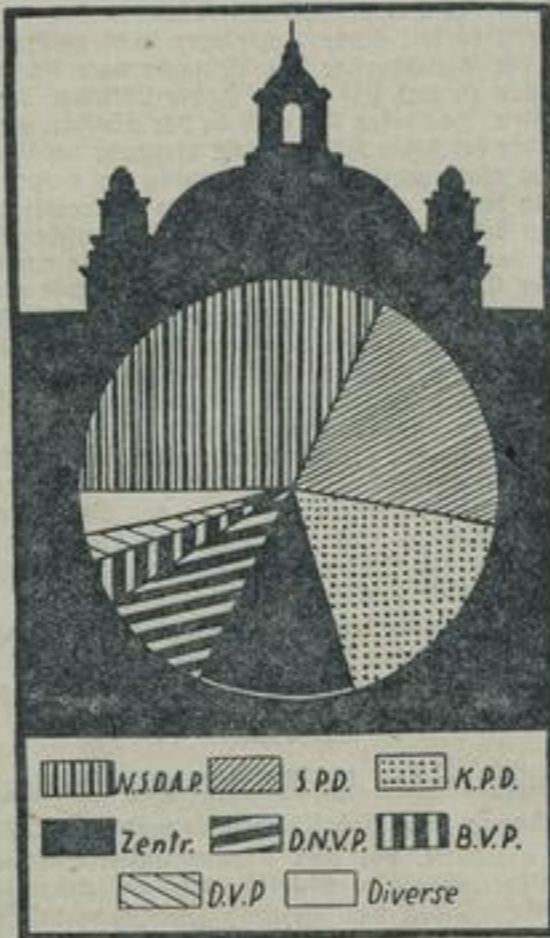
die Kontingentierungspolitik auf den Wahlausgang, wie die Stimmen aus dem Lande zeigten, keinen nachteiligen Einfluß ausgeübt habe. Die endgültige Entscheidung in dieser Frage dürfte noch im Laufe dieser Woche fallen. Es dürfte sich dann auch herausstellen, ob die Gerüchte, die hinsichtlich der Stellung des Reichsernährungsministers von Braun in der letzten Woche im Umlauf waren, begründet sind oder nicht.

### Kommunisten verlangen sofortige Einberufung des Reichstages.

Die neugewählte kommunistische Reichstagsfraktion hat, wie die „Rote Fahne“ mitteilt, die sofortige Einberufung des Reichstages verlangt. Sie wird unter anderem ein Mißtrauensvotum gegen das gesamte Kabinett einbringen und beantragen, die im Laufe des Verlaufs freigebliebenen Verhafteten freizulassen sowie alle durch die ordentlichen oder Sondergerichte gefällten Urteile aufzuheben.

### Die Besprechung Hindenburgs mit dem Reichskanzler von Papen.

Berlin, 8. November. Zu der Besprechung Hindenburgs mit dem Reichskanzler erfährt der „Lokalanzeiger“, daß der Reichskanzler auch über den Verlauf der Arbeiten des Reichskabinetts auf wirtschaftlichem und verfassungsrechtlichem Gebiet Bericht erstatten habe. Das Kabinett werde wahrscheinlich am Mittwoch eine Beratung abhalten, in der zunächst festgestellt werden solle, in welcher Form sich die Verhandlungen abspielen sollen, die der Reichskanzler auf Grund des Wahlergebnisses führen will. Es ergebe sich die Frage, ob der Reichskanzler nach dem Beispiel der vorletzten Reichstagswahl von sich aus Verhandlungen mit den Parteien eröffnen oder ob der



Die Mandatsverteilung im neuen Reichstag. Unsere graphische Darstellung veranschaulicht die prozentuale Verteilung der Mandate im Reichstag nach der Wahl am 6. November.